

## Anfragen zum Plenum in der 29. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fahrgäste zählt die Strecke Hof – Bad Steben in den Jahren 2010 bis 2020 (bitte unter Angabe der Aus- und Zustiege je Bahn- respektive Bedarfshalt), mit wie vielen Fahrgästen wird auf der Strecke Hof – Bad Steben bis 2035 gerechnet (bitte unter Angabe nach Jahren und falls möglich nach Bahn- respektive Bedarfshalte) und kann die weitere Bedienung der Strecke Hof – Bad Steben wirtschaftlich gewährleistet und damit langfristig (also auch nach 2035) sichergestellt werden?

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Basis wurden die Bedarfszahlen für den geplanten Neubau des Gymnasiums München Feldmoching ermittelt (bitte Alter der Datenbasis angeben), inwiefern wurde die aktuelle Bevölkerungsentwicklung (Geburtenrate, Baugebiete, steigende Nachfrage nach Ganztagsangeboten usw.) bei der Bedarfsermittlung berücksichtigt und gibt es für die Bedarfszahlen relevante Faktoren, die sich nach der erfolgten Bedarfsermittlung signifikant verändert haben?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Veröffentlichung auf der Homepage des Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration vom 27.05.2021 mit der Erklärung des Landespolizeipräsidenten Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer: „[Die] politische Forderung nach einer Streichung der „drohenden Gefahr“ aus dem Polizeiaufgabengesetz (PAG) missachtet Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und setzt Schutz der Bürgerinnen und Bürger leichtfertig aufs Spiel“ frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gebieten die Normierung einer drohenden Gefahr im PAG und setzen ggf. anhängige Verfahren der Verfassungsgerichtsbarkeit (Verfassungsbeschwerden in Karlsruhe und Meinungsverschiedenheit am Verfassungsgerichtshof in München) bei von dem oben bezeichneten Statement ggf. abweichenden Entscheidungen ebenfalls den Schutz der Bürgerinnen und Bürger leichtfertig aufs Spiel?

**Inge Aures**  
(SPD)

Angesichts der Tatsache, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger über die Kommunikationskanäle der BAYERN/DIREKT-Servicestelle an die Staatsregierung wenden und der Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger in Bayern offensichtlich signifikant gewachsen ist (vgl. Drs. 18/15819), und im Hinblick darauf, dass die derzeit zur Verfügung stehenden Kommunikationskanäle insbesondere für jüngere Menschen nicht besonders alltagsbezogen sind und hier ein niedrighschwelligeres Angebot wie z. B. in Baden-Württemberg (die dortige Landesregierung informiert zusätzlich mithilfe von Messenger-Diensten) Barrieren und Hemmungen abbauen sowie etwaige Informationslücken füllen könnte, die mit geeigneten Maßnahmen datenschutzkonform ausgestaltet werden können (vgl. Pressemitteilung des Landesbeauftragten für Datenschutz im Saarland vom 16.01.2020), frage ich die Staatsregierung, ob die Einrichtung von Messenger-Diensten für die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern vorgesehen ist, wann solche Kommunikationskanäle zur Verfügung stehen und, falls nicht vorgesehen, warum solch ein niedrighschwelliges Angebot zukünftig nicht implementiert wird?

**Markus Bayerbach**  
(AfD)

Gemäß der Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Andreas Winhart sind im Durchschnitt 122 Schüler  $(163 + 95 + 108) / 3 = 122$ ) hinsichtlich der betreffenden Stichtage (21.04.2021: 163, 30.04.2021: 95 sowie 28.06.2021: 108) durch Selbsttests positiv getestet und durch positive PCR-Tests bestätigt worden, daher frage ich die Staatsregierung, wie viele dieser positiven Selbsttests und PCR-Tests haben zu einer Hospitalisierung geführt und wie viele dieser positiven Selbsttests und PCR-Tests haben zum Tod von Schülerinnen und Schülern geführt und wie begründet die Staatsregierung angesichts der Kosten von rund 416 Mio. Euro die Aufrechterhaltung dieser Maßnahmen bei durchschnittlich 122 positiv getesteten Schülern?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche finanziellen Mittel hält der Freistaat für den Katastrophenschutz in Bayern bereit (bitte nach Zuwendungsfähigkeit und Höhe aufschlüsseln), inwiefern sind auch privat organisierte Vereine, die sich im Bereich des Katastrophenschutzes engagieren, förderfähig und wie gedenkt der Freistaat im Hinblick auf extremere Wetterereignisse durch den Klimawandel den Katastrophenschutz in Bayern wirksam aufzustellen?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Angesichts der Tatsachen, dass (Stand 09.07.2021) in den USA bisher ca. 333 Mio. einzelne Impfdosen gegen COVID-19 an die Bevölkerung verabreicht wurden und in Deutschland ca. 81,5 Mio. einzelne Impfdosen verabreicht wurden, in die VAERS-Datenbank<sup>1</sup> zu Folgen bei Impfungen in den USA 463 456 Berichte mit Zusammenhang mit COVID-Impfreaktionen, 59 402 Notfallbehandlungen, 30 781 Hospitalisierungen und 10 991 Todesfälle eingetragen wurden, was in der graphischen Darstellung der Impf-Toten der letzten 30 Jahre einen einzigartigen Ausschlag ergibt<sup>2</sup>, und angesichts der Tatsache, dass das Paul-Ehrlich-Institut in seinem Sicherheitsbericht (Stand 15.07.2021) über 106 835 aus Deutschland gemeldete Verdachtsfälle von Nebenwirkungen oder Impfkomplicationen im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung meldet, was einer Rate von 1,4 auf 1 000 Impfungen entspricht, und dass unter Tabelle 2 auf Blatt 8 davon 10 578 (9,9 Prozent) als schwerwiegend eingestuft werden, was einer Rate von 0,1 auf 1 000 Impfungen entspricht<sup>3</sup>, und angesichts der Tatsache, dass in Deutschland damit mit ca. 80 Mio. Impfdosen ganz grob überschlagen ein Viertel der Impfdosen verabreicht wurde wie in den USA mit 333 Mio. Impfdosen und dass in Deutschland mit 106 835 Verdachtsfällen von Nebenwirkungen oder Impfkomplicationen im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung ganz grob überschlagen ebenfalls ein Viertel der Verdachtsfälle von Nebenwirkungen oder Impfkomplicationen im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung in den USA ausgewiesen wurde, die gemäß VAERS mit 463 456 angegeben wurden, und angesichts der Tatsache, dass der als Delta-Variante bezeichneten Mutation des Coronavirus nicht einmal bei einer Inzidenz von derzeit über 600 in Großbritannien ein nennenswerter Anstieg der Todesfälle zuzurechnen ist<sup>4</sup> und angesichts der Tatsache, dass Impfungen eine COVID-Infektion nicht einmal verhindern können, frage ich die Staatsregierung, mit welchen Argumenten sie es ausschließt, dass das im Vorspruch offengelegte Verhältnis der Eintragungen in die VAERS-Datenbank USA-DE von 4:1 auch auf die in der VAERS-Datenbank enthaltenen 10 991 Todesfälle angewendet werden kann, was rein rechnerisch grob 2 700 Impf-Todesfällen in Deutschland oder grob etwa 420 Impf-Todesfällen in Bayern entspräche, aus welchen Gründen sie die Auffassung vertritt, dass dieses Impfrisiko in einem vertretbaren Verhältnis zu der als Delta-Variante bezeichneten Mutation des Coronavirus steht, die – glücklicherweise – nicht einmal bei den noch 30 Prozent Ungeimpften in Großbritannien für Corona-Tote zu sorgen in der Lage ist, welche Argumente aus Sicht der Staatsregierung dagegen sprechen, angesichts dieser Tatsachen den wirklichen Grund für die Impfkampagne der

---

<sup>1</sup> <https://www.openvaers.com/COVID-data>

<sup>2</sup> <https://www.openvaers.com/COVID-data/mortality>

<sup>3</sup> [https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/sicherheitsberichte/sicherheitsbericht-27-12-bis-30-06-21.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/sicherheitsberichte/sicherheitsbericht-27-12-bis-30-06-21.pdf?__blob=publicationFile&v=3)

<sup>4</sup> <https://ourworldindata.org/COVID-deaths>

---

Staatsregierung nicht in einem Gesundheitsschutz, sondern in einem anderen Grund zu finden, wie z. B. dem Ziel, möglichst große Teile der Bevölkerung in das digitale Kontrollsystem des so bezeichneten „Impfpasses“ hineinzuzwängen?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Aufgrund der Erklärung der afghanischen Regierung, Abschiebungen aus der EU ab dem 8. Juli 2021 für drei Monate zu stoppen (engl. Originalzitat: „The Ministry of Refugees and Repatriations has stopped the forced return of Afghan migrants from the EU and other European countries for the next three months. The Afghan government has officially informed the host countries to stop the deportation from 08 July 2021 onwards.“), frage ich die Staatsregierung, ob sie trotz der Erklärung der afghanischen Regierung beabsichtigt, in den kommenden drei Monaten einen Abschiebeflug nach Afghanistan (mit-) zu organisieren bzw. Abzuschiebende für einen solchen Flug zu benennen (falls ja, bitte genau begründen), ob sie beabsichtigt, sich an einem aus einem anderen Bundesland startenden Abschiebeflug nach Afghanistan in den kommenden drei Monaten zu beteiligen und Abzuschiebende zum entsprechenden Flughafen zu transportieren (falls ja, bitte genau begründen) und wie viele Personen aus Bayern im Rahmen der Sammelabschiebungen nach Afghanistan am 9. Februar 2021, 9. März 2021, 7. April 2021, 8. Juni 2021 und 6. Juli 2021 abgeschoben wurden (bitte einzeln die Aufenthaltsdauer in Deutschland, rechtskräftig verurteilte Straftäter sowie die Straftaten und Strafmaße, Personen, die gearbeitet oder einen Ausbildungsplatz hatten, Anzahl der anwaltlichen Vertretungen, Anzahl der Personen, die krank und/oder suizidgefährdet waren oder selbstverletztes Verhalten zeigten und die Regionen Afghanistans, aus der die Personen entstammten, einzeln auflisten)?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Stand (Umfang, Vollständigkeit, offene Punkte, letzte Aktualisierung) haben die Gefahrenkarten bezüglich Hochwasser, Sturzfluten und Geogefahren für Bayern, warum sind die Ergebnisse aus den Aufträgen an die Technische Universität München bzgl. Sturzfluten, die im März 2021 fertiggestellt wurden, noch nicht in die Gefahrenkarten aufgenommen und bis wann werden alle Gefahrenkarten, insbesondere auch bezüglich Sturzfluten, auf dem aktuellen Stand sein und veröffentlicht?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung anlässlich der aktuellen Starkregeneignisse, die seit Ende Juni in allen Regierungsbezirken Bayerns niedergegangen sind, welcher Krisenstab der Staatsregierung bearbeitet die Starkregen-Problematik aktuell (bitte mit Angabe der Zusammensetzung, Einsetzung und Aufnahme der Tätigkeit, Tagungshäufigkeit und Struktur der Vernetzung in bayerische Behörden), welche Akutmaßnahmen sind zur verbesserten Frühwarnung vorgesehen und welche schnellen Präventions-Potenziale sieht die Staatsregierung, so z. B. in der zügigen Renaturierung von Flussauen und Deichrückverlegungen (bitte unter Angabe konkreter Planungen)?

**Michael Busch**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum werden die Hochwasserrisikomanagementpläne, die aktuell aus 2015 stammen, nur alle sechs Jahre aktualisiert und inwieweit sind die Pläne aus 2015 umgesetzt?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erfahrungen hat sie von den Wahlbehörden im Rahmen der Evaluation der Kommunalwahl 2020 mit Blick auf den Personenkreis erhalten, der vormals durch Wahlrechtsausschlüsse nicht zur Wahl berechtigt war (vgl. Schriftliche Anfrage „Inklusion bei der Kommunalwahl 2020 in Bayern“, Drs. 18/9310, Frage 5.3), welche Schlüsse zieht sie aus diesen Ergebnissen und aus den Anregungen von Verbänden und Betroffenen (bitte konkrete Verbesserungsvorschläge der Verbände, Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Menschen mit Behinderung angeben) für eine bestmögliche inklusive Durchführung von Wahlen und welche Maßnahmen sind geplant bzw. in die Wege geleitet worden, um sicherzustellen, die rund 17 500 Personen, die am 26. September 2021 erstmals für die Wahl des Bundestags berechtigt sind, hierfür zu befähigen?

**Dr. Anne Cyron**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche PCR-Tests bzw. Lolli-/Lutsch-Tests sollen nach den Sommerferien an Bayerns Grundschulen zum Einsatz kommen (bitte nach Hersteller, Art des Tests, Inhaltsstoffe des Tests und Art der Durchführung auflisten), wie sieht das weitere Prozedere aus, wenn ein Test im Pool positiv ausfällt (hier: Isolation und weitere Vorgehensweise) und werden Lehrer bzw. Schulpersonal ebenfalls dazu verpflichtet sein, an den PCR-Pool-Tests teilzunehmen (bitte Begründung angeben, falls nicht)?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld wurde im Rahmen des Digitalpakts Schule in Bayern abgerufen (bitte nach Digitalpakt und Annexen aufschlüsseln), wie viele Schulen in Bayern haben eine ausreichende Internetversorgung (flächendeckendes WLAN in Verbindung mit einer Breitbandanbindung über 50 Mbit/s) und bis wann wird die Förderrichtlinie zur professionellen IT-Betreuung erlassen?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kirchenasyle gab es in den Jahren 2020 und 2021 in Bayern (bitte die Zahl der Geflüchteten, Gemeinden und die Trennung in Dublin/Nicht-Dublin-Fällen vornehmen), gegen wie viele Kirchenangehörige wurden in den Jahren 2020 und 2021 Ermittlungsverfahren wegen des Tatvorwurfs der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt eingeleitet (bitte den Ausgang der Verfahren nach Einstellung nach § 153 Strafprozessordnung (StPO), nach 153a StPO (Geldauflage) und Strafbefehl auflisten) und wie viele Verfahren von Personen im Kirchenasyl wurden in den Jahren 2020 und 2021 positiv abgeschlossen und sind somit in nationale Verfahren bzw. Duldung übergegangen (bitte getrennt auflisten)?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist nach dem gescheiterten bundesweiten Warntag 2020 derzeit in Bayern eine landesweite Warnung der Bevölkerung insbesondere über Sirenen möglich, nachdem die letzten beiden Probealarme wegen der Coronapandemie ausgefallen sind, wie ist der Abstimmungsstand mit Kommunen und Rundfunksendern in Bayern und wie viele Bürgerinnen und Bürger in Bayern nutzen Warn- und Notfall-Apps wie NINA, Katwarn oder BIWAPP?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Nachdem die Staatsregierung im Rahmen eines Schul-Digitalisierungsgipfels in der Staatskanzlei vor einem Jahr (23. Juli 2020) angekündigt hatte, durch die Entwicklung der BayernCloud Schule die Digitalisierung im Bildungsbereich voranzutreiben und nachdem sich noch im Februar 2021 die „Mehrzahl der Projekte der BayernCloud Schule in der Initiierungs- bzw. Planungsphase“ befanden, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten und messbaren Fortschritte es seitdem im Zusammenhang mit den auf dem Schul-Digitalisierungsgipfel beschlossenen Projekten gibt (bitte unter getrennter Auflistung der Einzelprojekte sowie des jeweiligen Projektstands), welche Schritte noch unternommen werden müssen, um die Einzelprojekte zur Umsetzung zu bringen (bitte einschließlich ggf. notwendiger Änderungen von Rechtsgrundlagen und prognostizierter Haushaltsmittel sowie einer Prognose bezüglich des Abschlusszeitpunkts der jeweiligen Projektteile) und inwiefern sie sich in der Lage sieht, die Strategie der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2016 für Bayern zu realisieren, nach der „möglichst bis 2021 jede Schülerin und jeder Schüler jederzeit, wenn es aus pädagogischer Sicht im Unterrichtsverlauf sinnvoll ist, eine digitale Lernumgebung und einen Zugang zum Internet nutzen können sollte“?

**Christian Flisek**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand der Planungen für die Flutpolder in Bayern, wie lange dauert es, die Ergebnisse der aktuellen Studie zu den Flutpoldern an der Donau in das bestehende Konzept einzuarbeiten und bis wann sind dann voraussichtlich alle Flutpolder fertiggestellt?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der Klimakrise mit Dürreperioden und Starkregenereignissen mit massiven Sturzfluten und Hochwasserentwicklung frage ich die Staatsregierung, wie will sie dafür sorgen, dass ihre eigenen Wohnungsbaugesellschaften wie die Stadibau GmbH München bei neuen und in Planung befindlichen Bauvorhaben wie z. B. in Feldafing ab sofort ihre Klimaziele erreichen, sind dabei Maßnahmen wie eine fossilfreie Wärmeversorgung sowie dachbedeckende Photovoltaikanlagen vorgesehen und welche Rolle können bei der Umsetzung der Maßnahmen intelligente Energiedienstleistungskonzepte (sogenannte Contracting-Modelle) spielen, die beispielsweise den Einbau und Betrieb einer solchen fossilfreien Wärmeanlage vorsehen, die die Wohnungsbaugesellschaften nicht mehr kosten würde als ein fossiler Betrieb?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Anlässlich der zunehmenden Starkregenereignisse in Bayern frage ich die Staatsregierung, wird das Sonderprogramm kommunales Sturzflutrisikomanagement wieder neu aufgelegt (bitte unter Angabe von Startdatum und Fördersätzen), welches Budget wird hierfür bzw. für Nr. 2.1.6 der Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs) als Fördervolumen hinterlegt und plant die Staatsregierung, eine Starkregengefahrenkarte für ganz Bayern erstellen zu lassen (bitte unter Angabe von Auftragsdetails, geplante Detaillierungsgrad und Zeithorizont bis zur geplanten Fertigstellung der Karte)?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Austausch gab es zwischen dem Staatsminister des Innern, für Sport und Integration und Bundessicherheitsbehörden seit 2018, in denen die Rolle der österreichischen Sicherheitsbehörden thematisiert wurde (bitte einzeln inkl. Datum und Thema angeben), inwiefern wurde die Rolle der österreichischen Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit damals Verantwortlichen der Wirecard AG thematisiert und welche weiteren Vertreterinnen und Vertreter des Freistaates (Regierungsmitglieder oder Angehörige von Behörden) haben an den Treffen teilgenommen?

**Harald Güller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie fortgeschritten ist derzeit der Ausbau des Zentrums für besondere Einsatzlagen (BayZBE) in Windischeschenbach?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Anzahl und die Gesamtkosten der durchgeführten Corona-Tests in der letzten Kalenderwoche an den Schulen in Bayern waren, weitergehend wie viele der Schnelltests in der letzten Kalenderwoche jeweils positiv waren und wie hoch die Anzahl der dadurch veranlassten und anschließend positiven PCR-Tests jeweils war?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Starkregenschäden in Oberbayern, aber in den vergangenen Tagen auch in anderen Teilen Bayerns mit zum Teil auf einzelne Orte begrenzten Schadensereignissen (z. B. Reichenberg im Landkreis Würzburg, das innerhalb der letzten Woche gleich zweimal von Starkregen-Überschwemmungen betroffen war) und im Hinblick auf die Äußerung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder „Wir lassen da niemanden allein, ganz sicher nicht.“ (Mainpost vom 19.07.2021), frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang sie Sofort- und Wiederaufbauhilfen für geschädigte Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Mieterinnen und Mieter in ganz Bayern auf den Weg bringt und ob dies auch für den Fall gilt, dass ein ausreichender Versicherungsschutz gegen Elementarschäden nicht abgeschlossen wurde oder nicht abgeschlossen werden konnte, und in welchem Umfang sie gesonderte Finanzhilfen für Kommunen in ganz Bayern vorsieht, um zerstörte Infrastruktur wieder herzustellen?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Hiermit frage ich die Staatsregierung, im Anschluss an meine Anfrage zum Plenum vom 05.07.2021, Drs. 18/1721, welche Problemstellungen es bei der Holz-Belieferung von Steico nach deren etwaiger Ansiedlung geben könnte, die die von der Staatsregierung bestätigte Teilnahme der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) bei den Gesprächen mit den Gemeinden Penzing und Schwifting notwendig gemacht haben, welche betriebswirtschaftlichen Interessen die BaySF im Zusammenhang mit der potenziellen Ansiedlung von Steico in der Nähe des Guts Stillern verfolgen und welche Verträge oder Absprachen bereits zwischen den BaySF und Steico existieren?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen in Bayern können derzeit aus medizinischen Gründen nicht gegen COVID-19 geimpft werden, bei wie vielen Menschen in Bayern hat sich schätzungsweise keine oder nur eine geringe Immunität trotz Impfung entwickelt (z. B. aufgrund einer Immunsuppression) und wie plant sie diese beiden Gruppen zu schützen, solange eine Herdenimmunität noch nicht erreicht ist?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit in der bereits begonnenen Prüfungsphase (ähnlich wie an der Technischen Universität München) Studierenden kostenlose Testmöglichkeiten vor Präsenzprüfungen angeboten werden (bitte Auflistung der einzelnen Hochschulen), an welchen Universitäten und Hochschulen bereits Impfangebote dezidiert den Studierenden gemacht wurden (bitte Auflistung der einzelnen Hochschulen) und inwieweit sie die Hochschulen bei Tests und Impfungen unterstützt (bitte Art und Weise der Hilfestellung auflisten, z. B. finanziell oder personell etc.)?



**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist ein bayernweites Drainagerückbau-Programm (z. B. bezogen auf land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, wo es möglich ist) geplant, ist ein Schwammstadt-Förderprogramm geplant und plant sie ein Bodenschutz-Programm zur Vermeidung von Bodenabtrag z. B. bei Starkregenereignissen (bitte jeweils mit geplantem Beginn der Programme, Benennung der einzelnen in den Programmen vorgesehenen Maßnahmen, der geplanten finanziellen Mittelausstattung der jeweiligen Programme und der geplanten Förderhöhe der einzelnen Maßnahmen)?

**Alexandra Hiersemann**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofs (BayVGH) vom 16. Mai 2018 und 14. April 2021, wonach einzelne Regelungen in § 23 Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl) für unwirksam erklärt wurden, wobei der BayVGH in seinem Beschluss vom 14. April 2021 bei der Behandlung bestandskräftiger Bescheide insoweit von einer „Ermessensreduzierung auf Null“ ausgeht, da die „Aufrechterhaltung schlechthin unerträglich wäre“ und das „Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden in grober Weise verletzt“ (vgl. dort Rn. 79780), wovon zahlreiche bestandskräftige Bescheide zu überhöhten Unterkunftsgebühren gegenüber Geflüchteten und Jobcentern betroffen sind, frage ich die Staatsregierung, wie sich die Praxis seitens der Behörden zu Anträgen auf Wiederaufgreifen des Verfahrens, auf Aufhebung der Kostenfestsetzungsbescheide sowie auf Rückerstattung geleisteter Kosten derzeit gegenüber den Antragstellern darstellt und welche Auskünfte diese seitens der Behörden erhalten?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Inhalt der Letter of Intent für die Beschaffung von Sputnik V hat (bitte hierbei Datumsangabe anfügen), wie viele Vertragsentwürfe zwischen ihr und dem Hersteller von Sputnik V bisher ausgetauscht worden sind (bitte ebenfalls Datumsangabe anfügen) und wie hoch die Kosten der Ausarbeitung dieser Vertragsentwürfe durch externe Firmen/Berater für sie waren (bitte Kosten je Firma/Berater angeben)?

**Annette Karl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es in Bayern Vorhaben und Pläne gibt, bei Gewässern III. Ordnung, die z. B. im Rahmen der Flurbereinigung begradigt wurden, diese wieder in eine mäandrierende Form zurückzubauen, um die Fließgeschwindigkeit zu senken und somit u. a. die biologische Vielfalt in den Gewässern und den anliegenden Flächen zu erhöhen?

**Christian Klingen**  
(AfD)

Bei wie vielen Erstgeimpften bzw. Zweitgeimpften ist der Staatsregierung bekannt, dass diese nach der ersten und respektive zweiten Impfung positiv getestet worden sind, wie viele Erst- bzw. Zweitgeimpfte sind an COVID-19 erkrankt und wie viele sind davon hospitalisiert worden bzw. sind auf eine Intensivstation gekommen (bitte auch Anzahl der Verstorbenen Erst- bzw. Zweitgeimpfter angeben)?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, werden die Erkenntnisse aus dem Zwischenbericht zum Landtagsbeschluss „Projekt zum Management von Saatkrähen“, Drs. 18/4609, vom Januar 2021 in den Pilotregionen bereits umgesetzt, inwiefern haben sich die Erkenntnisse im laufenden Jahr 2021 erweitert und wie fließen sie in die landwirtschaftliche Praxis ein?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass in der Kabinettsitzung vom 13. Juli 2021 ein bayerisches Unterstützungsprogramm angekündigt wurde, das die gesamte Altersspanne der Kinder und Jugendlichen und ihre vielfältigen Bedürfnisse abdeckt – darin werden u. a. bereits bestehende Programme ausgebaut, z. B. Jugendsozialarbeit an Schulen, worauf sich meine Frage bezieht – frage ich die Staatsregierung, wie viele zusätzliche neue Stellen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt sind, können aus dem Unterstützungskonzept zur Stärkung der Jugendsozialarbeit an allen Schulen finanziert werden, wie hoch sind hierfür die Finanzmittel für die Jahre 2021 und 2022 und wie können die Schulen und Kommunen diese zusätzlichen Stellen oder Kräfte kurzfristig beantragen?

**Natascha Kohnen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Landkreise und kreisfreie Städte in Bayern sind inzwischen an das Modulare Warnsystem (MoWaS) angeschlossen, wie erklärt sich diese Zahl und was tut sie in diesem Zusammenhang?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung anlässlich der extremen Hochwasserereignisse in Bayern, welche Gründe vorliegen, weswegen die Sturzflutgefahrenkarten zur Prognose von Oberflächenabflüssen und Sturzfluten noch nicht veröffentlicht wurden (bitte um Darlegung der Folgen einer früheren Veröffentlichung und ggf. dadurch entstandener Schäden), welche Schlüsse sie aus den aktuellen Hochwasserereignissen für den Hochwasserschutz der Zubringerflüsse der Donau und deren Einzugsgebiete zieht und ob sie nun vorhat, Nothilfe zu leisten, nachdem nach den zurückliegenden Geschehnissen (2013 an der Donau und 2016 in Simbach am Inn) seitens der Staatsregierung betont wurde, derlei nicht erneut tun zu wollen (bitte Höhe angeben)?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund des Beschlusses des Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) vom 21.04.2021 mit seiner für Notfallsanitäterinnen bzw. -sanitätern wegweisende Entscheidung und Feststellung, dass für Selbstherrlichkeit und „Standesdünkel“ im Rettungsdienst kein Raum sei, frage ich die Staatsregierung, wie stellt sie sicher, dass in den laufenden Prüfungen neben den 1c-Maßnahmen zuverlässig auch die 2c-Maßnahmen (gekoppelt an das Notfallsanitätergesetz) geprüft werden, welche Position nimmt die Staatsregierung zur weiteren Delegation von 2c-Maßnahmen ein und bis wann plant sie die notwendige Homogenisierung der Prüfungsinhalte (schriftlich, mündlich, praktisch) für angehende Notfallsanitäterinnen bzw. -sanitäter?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Künstlerinnen und Künstler sich beim ersten Call für ein Stipendium im Rahmen des Stipendienprogramms beworben haben, wie vielen davon ein Stipendium von je 5.000 Euro gewährt wurde und ob sie mit Blick auf die eigene Zufriedenheit mit den bisherigen Bewerbungszahlen die Rahmenbedingungen des Stipendienprogramms, wie z. B. Bewerbung und Bekanntmachung des Programms bzw. die bewerbungsberechtigte Zielgruppe, anzupassen gedenkt?

**Roland Magerl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele gegen Corona geimpfte Personen in Bayern wurden seit Beginn der Impfungen positiv auf SARS-CoV-2 getestet (bitte die Anzahl nach Erst- und Zweitimpfung und Alter der betroffenen Personen gliedern), wie viele der an oder mit SARS-CoV-2 verstorbenen Personen in Bayern waren bereits gegen Corona geimpft (bitte die Anzahl nach Erst- und Zweitimpfung und Alter der Verstorbenen gliedern) und wie viele gegen Corona geimpfte Personen in Bayern hatten trotz der Impfung einen schweren Krankheitsverlauf nach einer Infektion (bitte die Anzahl nach Erst- und Zweitimpfung, Alter, Krankheitsverlauf und eventueller invasiver Beatmung auflisten)?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines politisch motivierten Anschlags auf eine Gaststätte in Oberstaufen, in der sich auch die AfD treffen darf, in Form von zertrümmerten Fensterscheiben und der Sprühung einer Antifa-typischen Parole frage ich die Staatsregierung, wie der Verfahrensstand zu sämtlichen politisch motivierten Straftaten der Vergangenheit inkl. dem jüngsten Anschlag gegen den Wirt und seine Gaststätte ist, ob Erkenntnisse über Bekennerschreiben auf beispielsweise den linksextremen sog. Indymedia-Seiten vorliegen und ob Maßnahmen zum verbesserten Schutz des Wirts und seiner Gaststätte ergriffen wurden?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel finanzielle Mittel wurden seit der Gründung des Staatsministeriums für Digitales (StMD) bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage für das Programm „Bayern Digital“ ausgegeben, wie viele finanzielle Mittel wurden seit der Gründung des StMD bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage für die „Hightech Agenda Bayern“ ausgegeben und wie viele finanzielle Mittel wurden seit der Gründung des StMD bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage für die „Hightech Agenda Plus“ ausgegeben?

**Helmut Markwort**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie häufig Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger mit Herrn [REDACTED] im Jahr 2020 wegen der Beschaffung von Masken Kontakt hatte (bitte genaue Termine nennen), was Staatsminister Hubert Aiwanger danach jeweils veranlasst hat und wann Verträge zwischen der Firma von Herrn [REDACTED] und der Staatsregierung geschlossen wurden?

**Hep Monatzeder**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräftedienstgeräte wurden seit 2020 neu angeschafft (nicht bereits 2020 vorhandene Geräte), welche Komponenten der „Bayern Cloud Schule“ wurden bereits umgesetzt und wie viele zusätzliche Stellen für die Fortbildung ihrer Lehrkräfte hat sie in der Coronakrise eingestellt?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe haben die bayerischen Frauenhäuser zwischen Juni 2018 und Juni 2021 Spendengelder erhalten (bitte Auflistung nach Regierungsbezirken sowie unterteilt nach den einzelnen Frauenhäusern), war es möglich, die erforderliche zehnpromzentige Finanzierung über das Spendenaufkommen während der Coronapandemie zu gewährleisten, und falls nein, in welchen Frauenhäusern nicht (bitte Auflistung nach Regierungsbezirken sowie unterteilt nach den einzelnen Frauenhäusern)?

**Alexander Muthmann**  
(FDP)

Nachdem laut Medienberichten von Wissenschaftlern inzwischen Vorwürfe geäußert werden, die Bundesrepublik Deutschland sei bereits im Vorfeld der Unwetter vor den möglichen Folgen der Naturereignisse gewarnt, aber hierauf nicht ausreichend vorbereitet gewesen, und vor dem Hintergrund der verheerenden Folgen der Hochwasserlagen auch im Freistaat frage ich die Staatsregierung, inwiefern sie sich laufend über Frühwarnsysteme über derartige Naturereignisse informiert (bitte unter Angabe der entsprechenden Quellen und institutionellen Kooperationen sowie der zuständigen Stellen innerhalb der Staatsregierung), zu welchem Zeitpunkt der Staatsregierung jeweils Informationen über in den letzten Tagen erfolgten hohen Niederschlagsmengen und das hierdurch verursachte Hochwasser in den betroffenen Gebieten des Freistaats vorlagen (bitte unter Angabe des Zeitpunkts der ersten Warnungen sowie unter Angabe der nationalen sowie internationalen Quellen der Warnungen) und welche Maßnahmen sie ab diesen Zeitpunkten jeweils eingeleitet hat (z. B. Evakuierungsaufforderungen, Warnungen an die Landratsämter etc., bitte tages- und nach Möglichkeit regionalspezifisch auflgliedern)?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum der Neubau des Zentrums Bayern Familie und Soziales in Nürnberg weder am noch auf dem Gebäude eine Begrünung aufweist, warum auf dem Vorplatz lediglich drei Bäume gepflanzt wurden und inwieweit das Umweltamt der Stadt Nürnberg in die Planungen des Staatlichen Bauamts Nürnberg für dieses Areal einbezogen wurde?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie den neuerlichen Stopp der Planungen zum abschnittswisen Neubau am Klinikum Bayreuth, der kürzlich durch die Klinikleitung veranlasst wurde, welche förderrechtlichen Konsequenzen hat dieser Schritt und in welcher Form hat sie auf diesen Vorgang bereits reagiert?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Zeitschiene verfolgt sie aktuell zur Vorlage eines Seniorenmitwirkungsgesetzes für Bayern, das für die Zeit vor der Sommerpause angekündigt war, welche Probleme oder inhaltliche Abstimmungen haben die Vorlage des Gesetzes bisher verzögert (bitte mit Nennung des jeweiligen Verzögerungsgrundes) und wie gedenkt sie, im Rahmen des Gesetzes das Thema „Schutz vor Einsamkeit“ aufzugreifen und Maßnahmen umzusetzen?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

In einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 5. Mai 2021 erklären Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Carolina Trautner und Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo, die Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) „für den nächsten möglichen Teilnehmerjahrgang (Schuljahr 2021/2022)“, also „für eine weitere Kohorte“ durch das Zur-Verfügung-Stellen der notwendigen Mittel aus beiden Häusern und gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit fortführen zu wollen.

Ich frage die Staatsregierung:

1. Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass eine neue Kohorte der BerEb im Teilnehmerjahrgang 2021/2022 bereits nahtlos zum Beginn des Schul- und Ausbildungsjahres starten kann?
2. Ist die Information zutreffend, dass die Kohorte des Teilnehmerjahrgangs 2021/2022 gar nicht – wie ursprünglich angekündigt – mit Beginn im September 2021 ausgeschrieben werden soll, sondern erst zum zweiten Schulhalbjahr im Frühjahr 2022?
- 3.a) Warum soll die Förderdauer dieser Kohorte statt 48 Monate nur 36 Monate betragen?
- 3.b) Welche Auswirkungen hätte dies auf die Träger der BerEb mit ihren Mitarbeitenden?
- 3.c) Welche Auswirkungen hätte dies auf die Ausbildungschancen der unterstützungsbedürftigen Jugendlichen?
4. Wie viele Kohorten mit Teilnehmer-Volumina plant die Staatsregierung konkret ab dem Schuljahr 2022/2023 gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit regelmäßig auszuschreiben, damit förderbedürftige Jugendliche dauerhaft von einem lückenlosen Regelangebot im Rahmen der BerEb profitieren (bitte unter genauer Angabe der Teilnehmer-Volumina)?
- 5.a) Bezugnehmend auf eine Pressemitteilung von Staatsministerin Carolina Trautner (vom 4. Juni 2021), in der in Aussicht gestellt wurde, für sieben neue sogenannte Ausbildungsakquisiteure in ganz Bayern 750.000 Euro zur Verfügung zu stellen, wie viele Berufseinstiegsbegleiter sind für die neue Kohorte für ganz Bayern vorgesehen?
- 5.b) Wie viel Geld wenden die zuständigen Ministerien sowie die Bundesagentur für Arbeit hierfür auf (bitte differenziert nach Mittelherkunft und Jahren angeben)?
6. Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung über die Wirksamkeit der Ausbildungsakquisiteure sowie der Berufseinstiegsbegleiter hinsichtlich der Einmündung und des Verbleibs unterstützungsbedürftiger Jugendlicher in Ausbildung vor?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann werden in der Gemeinschaftsunterkunft Landsberger Str. 412 in München, in der vor allem Familien mit Kindern leben, die im Sommer 2019 aus Sicherheitsgründen entfernten Spielgeräte, deren Ersatz bereits mehrfach von der Regierung von Oberbayern in Aussicht gestellt wurde, wieder aufgestellt, um den Kindern, die im erreichbaren unmittelbaren Umfeld keine weiteren Alternativen haben, hier wieder Spielmöglichkeiten zu schaffen, welche Altersgruppen werden bei der Neuanlage des Spielplatzes berücksichtigt und wie ist die genaue Zeitplanung?

**Dr. Martin Runge**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Treffen etwa im Rahmen von Zeugenbefragungen oder Beschuldigtenvernehmungen hat es seit dem Jahr 2010 zwischen Vertreterinnen und Vertreter der Staatsanwaltschaft München I und Jan Marsalek gegeben, unter welchen Gegebenheiten fanden die jeweiligen Treffen statt (bitte Nennung des Zeitpunkts, des Orts der Teilnehmer) und was waren Anlass, Inhalt und Ergebnis der jeweiligen Treffen?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund die Projektförderung aus dem Arbeitsmarktfonds Bayern grundsätzlich auf drei Jahre beschränkt ist, welche Möglichkeiten es gibt, das aus diesen Mitteln finanzierte Projekt CHANCE zur beruflichen Neuorientierung von Prostituierten fortzuführen und welche Unterstützung sie für Prostituierte plant, die sich beruflich neu orientieren möchten (bitte unter der Angabe der dafür angedachten Mittel)?

**Jan Schiffers**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie steht sie zu dem durch die EU geplanten Verbot von Verbrennungsmotoren ab dem Jahr 2035, welche Maßnahmen plant sie, um die durch das Verbot entstehende hohe Arbeitslosigkeit abfedern zu können und welche Auswirkungen wird der Ausstieg aus der Verbrennertechnologie aus Sicht der Staatsregierung haben, um solche extremen Wetterereignisse wie am vergangenen Wochenende zu verhindern?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche weiteren Firmen neben der in München ansässigen Firma FinFisher GmbH exportieren Überwachungstechnologie (siehe SZ-Artikel „Digitale Aufrüstung außer Kontrolle“ vom 18. Juli 2021), was ist der Ermittlungsstand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen FinFisher GmbH aufgrund nicht genehmigter Überwachungstechnologie-Exporte an die Türkei (und ggf. weiterer Ermittlungsgründe) und welche Ministerien sind zuständig für die Problematik der Überwachungstechnologie-Exporte aus Bayern?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass die Innenministeriellen Schreiben (IMS) und Vollzugshinweise zum Vollzug des Ausländerrechts nur noch als für den Dienstgebrauch betrachtet und nicht mehr an die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten der Betroffenen ausgehändigt werden (wenn ja, bitte genau begründen), trifft es zu, dass Ausländerbehörden in Bayern vom Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration informiert wurden, dass sie bei Bescheiden zwar an die IMS gebunden sind und die Argumentationen weiter übernehmen sollen, sie jedoch diese nicht mehr zitieren oder erwähnen sollen, damit sie vor Gericht nicht mehr herausgegeben werden müssen (wenn ja, bitte genau begründen) und wie möchte die Staatsregierung die Annahme entkräften, dass vielfach die Weisungslage nicht bekannt ist, die bei der Entscheidungsfindung herangezogen und auch nicht in den Entscheidungen der Ausländerbehörden zitiert wird?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Leitungen und stellvertretende Leitungen in den Gesundheitsämtern in Bayern sind Stand heute unbesetzt, kann bei jedem positiven Corona-Fall der Ansteckungsort und die jeweiligen Kontaktpersonen einzeln ermittelt werden und wird mittlerweile von allen Gesundheitsämtern die SORMAS-Schnittstelle (Surveillance, Outbreak Responce Management and Analysis System) zum Bund aktiv genutzt (Leitungsstellen bitte nach Regierungsbezirken aufschlüsseln)?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anschaffungen wurden bisher mit Mitteln des Sonderinvestitionsprogramms Katastrophenschutz Bayern 2030 getätigt, um Feuerwehren und freiwillige Hilfsorganisationen auf die Herausforderung des zunehmenden Klimawandels mit der Gefahr von immer häufigeren und immer intensiveren Naturkatastrophen (Hochwasser, Unwetter, Schnee, Waldbrand und Dürre) vorzubereiten, welche weiteren Programme gibt es diesbezüglich schon und welche Schlussfolgerungen zieht die Staatsregierung aus den aktuellen Ereignissen (Starkregen mit nachfolgenden Hochwässern bzw. Sturzfluten)?

**Anna Schwamberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele verbeamtete Lehrkräfte werden in Berufsintegrationsklassen im Rahmen der Berufsvorbereitung, Integrations-Vorklassen der Fachoberschule (FOS), Fachklassen der Berufsschulen, Wirtschaftsschulen sowie der Berufsfachschulen bei der Beschulung von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Flüchtlingen eingesetzt (bitte nach Schularten und Schulorten getrennt auflisten), wie viele Schülerinnen und Schüler besuchen die Berufsintegrationsklassen in den Berufsschulen in Bayern (bitte die Schülerzahlen nach Geschlecht, Ort und Regierungsbezirken trennen) und warum wird in den neuen Lehrplänen der Berufsintegrationsklassen an Berufsschulen die Möglichkeit des Distanzunterrichts nicht berücksichtigt (sollte dies jedoch möglich sein, bitte die genaue Umsetzung erläutern)?



**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wenn ein Wohngebäude aus einem landwirtschaftlichen Betrieb herausgelöst wird und in Privateigentum übergeht, besteht dann für die Restflächen, die sich noch in der landwirtschaftlichen Privilegierung befinden, wiederum Baurecht für ein Wohngebäude, wie lange müssen Neubauten von Wohngebäuden zum landwirtschaftlichen Betrieb gehören, bevor sie rein privat genutzt werden können, und wenn landwirtschaftliche Nebengebäude wie Maschinenhallen, Lagerhallen usw. zu Wohngebäuden umgebaut werden, dürfen dann an anderen Stellen die benötigten Maschinenhallen und Lagerhallen usw. gebaut werden?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Warnungen des Europäischen Hochwasser-Warnsystems (EFAS) hat sie in den letzten 14 Tagen erreicht, was wurde im Einzelnen jeweils als Reaktion auf diese Warnungen veranlasst und welche Informationen sind jeweils an die Landkreise bzw. kreisfreien Städte weitergegeben worden?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder nahmen in den ersten drei Erhebungsphasen der COVID-Kids-Bavaria-Studie teil (bitte Anzahl nach Alter getrennt auflisten), wie viele Kinder wurden in den ersten drei Erhebungsphasen der Studie mittels Rachenabstrich auf SARS-CoV-2 positiv getestet (bitte Anzahl nach Alter getrennt auflisten) und wie viele Kinder wurden in den ersten drei Erhebungsphasen der Studie mittels Blutabnahme aus der Fingerbeere auf Antikörper gegen SARS-CoV-2 getestet (bitte separat Anzahl der Kinder auflisten, die genügend Antikörper gegen SARS-CoV-2 hatten und die Höhe des Antikörperanteils aller getesteten Kinder)?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Der Campingboom der letzten Jahre verstärkt sich zusehends, wodurch viele Campingplätze in Bayern überlastet sind und dem gegenübergestellt Bauernhöfe ohne Erlangung einer Baugenehmigung noch immer nicht für eine Entlastung sorgen können, daher frage ich die Staatsregierung, welche konkreten rechtlichen Rahmenbedingungen geändert werden müssten (bitte um Angabe gegliedert nach politischen Ebenen), um eine Verfahrensfreiheit (sowohl im Innen- als auch im Außenbereich) zu erlangen, welche Positionierung hier die Staatsregierung einnimmt (bitte um Darlegung der Gründe, die für und gegen die Notwendigkeit einer Baugenehmigung sprechen) und was sie unternimmt, um den Camping-Tourismus in Bayern zu unterstützen?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Staatsregierung die Auswirkungen der Maßnahmen des Gesetzes zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus (kurz: BayBO-Novelle 2021) zum Jahreswechsel 2021/2022 evaluieren wird, frage ich die Staatsregierung, wie soll die Evaluation erfolgen (Art und Umfang), welche Akteure und Akteursgruppen sollen bei der Evaluation beteiligt werden und plant sie im Zuge der Evaluation Workshops durchzuführen?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe hat sich der Freistaat an der Firma GNA Biosolutions aus Martinsried beteiligt (bitte unter Nennung des Datums, ab dem Gelder an die genannte Firma geflossen sind), welche Versuche Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger – abgesehen von einem Brief an die Zulassungsbehörde Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) am 15. Dezember 2020 und einem persönlichen Anruf zuvor – gegenüber dem Bundesgesundheitsminister, der Staatskanzlei und der Zulassungsbehörde BfArM unternommen hat, um eine Sonderzulassung für den Schnelltest GNA Octea zu erwirken, und ob Staatsminister Hubert Aiwanger wegen der Firma GNA Biosolutions mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Herrn Alfred Sauter, MdL, oder Herrn Georg Nüßlein, MdB, Kontakt hatte?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Ausrüstung ist im Bereich des Katastrophenschutzes in Bayern insgesamt aktuell vorhanden, um Hochwasserereignissen wirkungsvoll zu begegnen (z. B. Boote, Helikopter), auf welchem Stand ist diese Ausrüstung und welcher Bedarf besteht angesichts der aktuellen Ereignisse (Starkregen mit nachfolgenden Hochwässern bzw. Sturzfluten)?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass das Merkblatt des Landesamts für Umwelt „Wasserschutzgebiete für die öffentliche Wasserversorgung“ derzeit überarbeitet wird, dass in der Neufassung der Passus „Wo diese Voraussetzungen nicht zu gewährleisten sind, wird es notwendig bleiben, gemäß DVGW-Arbeitsblatt (DVGW = Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches) W 101 das gesamte Grundwasser-Einzugsgebiet als Wasserschutzgebiet auszuweisen“ (S. 19) gestrichen werden soll und sollte dies zutreffen, welche Gründe sind dafür ausschlaggebend?

**Dr. Simone Strohmayr**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist es zu erklären, dass Bayern in Bezug auf das Impftempo bei Erst- und Zweitimpfungen gegen COVID-19 im Ländervergleich deutlich hinter andere Bundesländer zurückfällt und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Aufgrund von zunehmenden Hinweisen auf Abregelungen bei der Stromeinspeisung von Erneuerbare-Energien-Anlagen frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie hinsichtlich der Entwicklung der Abregelung von in Betrieb befindlichen Erneuerbare-Energien-Anlagen in den vergangenen vier Jahren hinsichtlich des Umfangs der Abregelungen, der zugrundeliegenden Ursachen für diese Abregelungen und der regionalen Verteilung der Abregelungen?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt und erklärt sie die strengen Regularien und die daraus folgende Absage der Nürnberger Klassik Open Air Konzerte trotz schlüssigen Hygienekonzepts für 8 000 Zuschauer als Freiluftveranstaltung vor dem Hintergrund, dass in München für die UEFA-Fußball-Europameisterschaft 14 500 Zuschauer zu Spielen in der Allianz-Arena zusammenkommen durften?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund war bei den ersten Gesprächen mit der Gemeinde Penzing ein Vertreter der Bayerischen Staatsforsten und kein Vertreter aus dem Bereich Landwirtschaft des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten anwesend (siehe Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Ludwig Hartmann und Gabriele Triebel vom 11. Mai 2021, Drs. 18/17201), gab es seit dem Gespräch mit der Gemeinde Penzing weitere Gespräche zwischen Vertretern von Staatsministerien und Vertretern der Firma Steico zur Ansiedlung am Stillerhof (bitte Datum angeben) und aus welchen Gründen lehnte Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten a. D. Josef Miller im Juli 2008 den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen am Stillerhof an die Firma EDEKA ab?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist die Anzahl der Planstellen im Bereich Grund-, Mittel- und Förderschulen in den Schuljahren 2020/2021 und 2021/2022, aufgeteilt auf die Schularten und die Bezirke, wie viele dieser Planstellen sind in den Schuljahren 2020/2021 und 2021/2022 mit nicht bodenständig qualifiziertem Personal oder gar nicht besetzt (Zweitqualifikationen, Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger), aufgeteilt auf Schularten und Bezirke, und welche Erfolgsperspektiven zeigen die etwaigen Maßnahmen, die zur Beseitigung des Mangels an Lehrkräften dienen sollen (z. B. Stundengewinn durch Stundenkürzungen im Ganzttag usw.)?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Studierende sind im aktuellen bzw. für das kommende Studienjahr für die hochschulischen Pflegeausbildungen in Bayern eingeschrieben und wie sieht sie die Perspektiven für die hochschulische Pflegeausbildung angesichts dieser Anmeldezahlen?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

In der Anfrage der Abgeordneten Dr. Sabine Weigand, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Plenum am 6. Juli 2021, Drs. 18/17121, beschreibt die Staatsregierung „im Kontext des Jubiläumsjahrs 2021 – 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland werden der Landesstelle im Haushaltsjahr 2021 zudem zusätzliche Mittel für eine befristete Besetzung der Fachstelle zur Verfügung gestellt, sodass die Vermittlung und Präsentation jüdischer Geschichte in Bayern gerade in der heutigen Zeit auch von dieser Seite zusätzlich unterstützt werden wird“, daher frage ich die Staatsregierung, wie hoch sind die zusätzlichen Mittel für diese befristete Besetzung, seit wann ist diese Stelle besetzt und unter welchen Rahmenbedingungen (Befristung, Beginn, Einstufung, konkrete Aufgaben)?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen wurden im Bereich Wasserwirtschaft seit 2004 abgebaut, ist es immer noch zutreffend, dass bis 2022 noch weitere Stellen abgebaut werden sollen (wenn ja, bitte Anzahl angeben) und wie ist der Personalstand im Bereich Wasserwirtschaft in Bayern Stand heute im Vergleich zu 2003?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie ab dem Zeitpunkt, zu dem jeder Bürger in Bayern ein Impfangebot erhalten hat, die Corona-Antigen- und PCR-Tests nur noch kostenpflichtig anbieten (bitte ethische Überlegungen erläutern), wenn ja, müssen dann nur Ungeimpfte oder auch geimpfte Personen die Kosten für die Tests selbst tragen (bitte ethische Überlegungen erläutern) und wie hoch werden die Kosten für die einzelnen Tests sein (bitte die Kosten für die unterschiedlichen Testarten einzeln auflisten)?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beschäftigte arbeiten in den Geschäftsstellen der Regionalen Planungsverbände (bitte nach Planungsverbänden auflisten: Zahl der Beschäftigten, TVöD-Eingruppierung und verfügbare Arbeitszeit für diese Aufgabe), welche Planungsverbände machen von dem Recht, weitere Organe sowie einen regionalen Planungsbeirat zu schaffen, Gebrauch (bitte nach Planungsverbänden auflisten) und welche zusätzlichen personellen Ressourcen können die jeweiligen regionalen Planungsverbände mobilisieren, um bspw. die Ausweisung von Vorranggebieten für den Hochwasserschutz in den Regionalplänen oder andere Fachplanungen inhaltlich vorzubereiten und in regelmäßigen Intervallen an sich verändernde Bedingungen anzupassen?